

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky, Vanessa Behrendt und Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)

**Straßenausbaubeiträge in Niedersachsen**

Anfrage der Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky, Vanessa Behrendt und Stefan Marzischewski-Drewes (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 24.04.2023

Die Straßenausbaubeitragssatzung steht im Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz. Dort ist festgelegt, dass Städte und Gemeinden Grundstücksbesitzer an den Kosten des Straßenausbaus beteiligen können. Für Durchfahrtsstraßen können das 40 % der Gesamtkosten sein, für Anliegerstraßen bis zu 75 %. Die Anliegerinnen und Anlieger erhalten dazu einen Zahlungsbescheid. Im Jahr 2019 hat die Landesregierung den Kommunen eingeräumt, die Beiträge in Form von sogenannten wiederkehrenden Beiträgen einzuziehen. Deutschlandweit gibt es neun - bald zehn - Bundesländer, die keine Straßenausbaubeiträge erheben<sup>1</sup>.

1. Welche Kommunen fordern aktuell (Stichtag 01.03.2023) in Niedersachsen Straßenausbaubeiträge von den Anwohnern ein (bitte nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden aufschlüsseln)?
2. Wann wurden die Straßenausbaubeiträge in den Kommunen abgeschafft, die diese nicht mehr einfordern (bitte nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden aufschlüsseln)?
3. Welche finanziellen Einbußen sind den niedersächsischen Kommunen, die keine Straßenausbaubeiträge mehr einfordern, seit der Abschaffung entstanden (bitte nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden sowie nach Jahren ab Zeitpunkt der Abschaffung aufschlüsseln)?
4. Leistet das Land Niedersachsen gegenüber den Kommunen, welche die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, Kompensationszahlungen?
5. Wie hoch wäre, nach Kenntnis der Landesregierung, der finanzielle Aufwand, um bei einer landesweiten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge die Kommunen finanziell zu entschädigen bzw. ihnen die fehlenden Einnahmen zu erstatten?
6. Plant die Landesregierung, die landesweite, einheitliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu realisieren und, wenn ja, zu welchem Zeitpunkt? Wenn nicht, welche Gründe liegen dafür vor?
7. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, ob Straßenbaumaßnahmen wegen der zu erwartenden Mindereinnahmen nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in den niedersächsischen Kommunen nicht oder nicht in vollem Umfang realisiert worden sind (bitte nach Maßnahmen, Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden aufschlüsseln)?

---

<sup>1</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Strassenausbau-Viele-Staedte-bitten-weiter-zur-Kasse,strassenausbau202.html#:~:text=Niedersachsen%3A%2043%20Prozent%20der%20Kommunen,finanziellen%20Mittel%20angewiesen%20zu%20sein,zuletzt%20aufgerufen%20am%2009.03.2023>